

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt monatlich 1,20 M., zugunlich Beleggebühr. Die einzelne Nummer kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Briefetal-Bote Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen sonstigen Expeditionen angenommen. Die annahmefähige Zeitgebühr kostet 25 Pfennig, die Reflektierte 1 Mark.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehntz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briefetalbote, Birkenwerder

Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ

Nr. 7. Postfachkonto: Berlin 62 448. Dienstag, den 12. Januar 1926. Postfachkonto: Berlin 62 448. 25. Jahrg

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Die Steuern vom Grundvermögen und die Hundesteuern für Januar 1926 sowie die restlichen Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer vom Kapital für 1925 sind bis zum 17. d. Mts. in der hiesigen Gemeindefasse zu zahlen.

Von den Weinsteuern und Bierverkäufern bleiben bis zum 10. d. Mts. die Bierbühler für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 31. Dezember 1925 zur Prüfung im Zimmer 2 des Rathauses vorzuliegen. Die Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer vom Ertrage für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1926 sind bis spätestens zum 15. n. Mts. zu zahlen.

Birkenwerder, den 6. Januar 1926.
Der Gemeindevorsteher J. A. Rojenau, Gemeindefassschiff.

Hohen Neuendorf

Der Gemeindevorsteher macht bekannt:

Gemeinde-Vertreter-Sitzung.

Am Montag, den 11. Januar d. Js., nachmittags 7 1/2 Uhr, findet im Sitzungssaal, Berliner Straße 39, eine Sitzung der Gemeinde-Vertretung statt.

Die Herren Schöffen und Gemeindevorordneten werden hierzu mit dem Vermerk ergebenst eingeladen, daß die Nichtanwesenheit sich den gefassten Beschlüssen zu unterwerfen haben.

Tagesordnung:

- 1. Regelmäßige Beschlussfassung über den Haushaltsvoranschlag und die Realsteuern für 1926. 2. Rückzahlung des Siedlungsgrundrucks des Lehres Vogel, Prinz Heinrichstraße 30. 3. Nachbewilligung von Kosten für das Schulkind usw. 4. Antrag O.-V. Wegmann auf Gewährung von Pauschalen an solche Arbeitslose, die den Berliner Arbeitsnachweis befragen. 5. Beschl. auf Ertrag von Gebühren für Abstrempelung von Arbeiterwohnhäusern. 6. Grundbesitzliche Beschlussfassung über Ausführung von Hofstandsarbeiten.

Steuerzahlung.

Am Freitag, 15. 1. 1926 sind fällig Hauszinssteuer, staatliche Grundvermögenssteuer, Gemeinde-Grundsteuer für Januar 1926.

Was gibt es Neues?

Der Reichspräsident hat sich entschlossen, die bevorstehenden Fraktionsbeschlüsse abzuwarten, ehe er eine bestimmte Persönlichkeit mit der Bildung des Reichskabinetts betraut.

Im Auswärtigen Ausschuss berichtete Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die Frage der Stellenbelegung beim Völkerbund.

Der Artillerieführer beim Wehrkreiskommando 4 in Dresden, Oberst Bruch, ist als Nachfolger des Generalleutnants Müller zum Landeskommandanten von Sachsen ernannt worden.

Das Linien Schiff „Hessen“ ist zur Rettung der im Eise eingeschlossenen deutschen Schiffe nach dem finnischen Meerbusen entsandt worden.

Die Reichsbank hat zur Verringerung der Not der durch das Hochwasser Geschädigten 200 000 Reichsmark zur Verfügung gestellt.

Konkurse und Geschäftsaufsicht.

Nach amtlichem Bericht sind im Dezember 1660 Konkurse neu angemeldet und 1380 Firmen unter Geschäftsaufsicht gestellt worden. Diese Ziffern sind hoch. Wenn man aber bedenkt, welche Umwälzungen auf finanziellen Gebieten vorangegangen sind, und daß Deutschland nach der letzten Volkszählung rund 63 Millionen Seelen zählt, so wird man die wirtschaftliche Lage doch nicht als bezweifelnd bezeichnen dürfen. Es muß zudem abgewartet werden, wie sich die Verhältnisse im ersten Monat des neuen Jahres darstellen werden, denn nicht wenige Geschäfte haben sicher mit den Weihnachtseinnahmen gerechnet und versucht, sich über die Schwelle von 1926 hinwegzuhelfen. Es ist auch wohl zu beachten, daß die Gläubiger jetzt nicht zu streng auftreten, sondern ihren Schuldner entgegenkommen zeigen, wenn dies irgendeine im gegenseitigen Interesse liegt. Wir dürfen also die Hoffnung nicht aufgeben, daß wir vor dem Beginn einer leichteren Besserung oder doch wenigstens vor einem Stillstand in der ungünstigen wirtschaftlichen Lage stehen.

Für die Beurteilung unserer gesamten Verhältnisse in Handel und Industrie ist auch schließlich nicht allein die Menge der Konkurse und der unter Geschäftsaufsicht gestellten Firmen maßgebend, sondern es kommt noch mehr darauf an, wie gewirtschaftet worden ist, ob gewissenhaft oder leichtsinnig und verschwenderisch. Wir dürfen dabei nicht vergessen, daß der Zustand, welcher sich in der Inflationszeit herausgebildet hatte, kein normaler war, die zweifelhafte Existenzen, die sich damals herausgebildet hatten, können nicht mit dem Durchsichtmaßstab gemessen werden. Es waren auch zahlreiche Unternehmungen entstanden, deren Inhaber anfangs das Beste gewollt hatten, die aber durch die Entwicklung der Finanzen auf eine solche Ebene gedrängt worden waren. Man wird ihr Vergehen milder beurteilen müssen, da ja selbst das Reich nicht einmal voraussehen konnte, welchen Gang die Ereignisse nehmen würden. Mit dem Jahre 1924 be-

gann die Stabilisierung der Mark. Seitdem hat sich auch die Stabilisierung der industriellen Unternehmungen hingezogen, und die Konkurrenzstellen schließlich nur die einzelnen Etappen dieser Stabilisierung dar, denn mit einem Male konnte keine Abwicklung erfolgen.

Man darf wohl sagen, daß sich manches Geschäft hätte gehalten und die Konkurrenzstellen vermeiden können, wenn nicht die Kaufkraft der Bevölkerung so grenzenlos gelähmt wäre. Hinzu kommen die Absatzschwierigkeiten in den Ländern, die früher als Hauptabnehmer für unsere Industrieprodukte in Betracht kamen.

So ist denn mancherlei zusammengekommen, was mehr als Erklärung für die heutigen leidigen Verhältnisse, denn als Schuld an ihnen anzusehen ist.

Bei dem gegenwärtigen Stand der Kaufkraft hängt, was nun einmal nicht in Abrede zu stellen ist, sehr viel von der Billigkeit der Preise ab. Das soll nicht bedeuten, daß wir zum Scheitern gezwungen sind, es befugt nur, daß wir uns der Marktlage anpassen müssen. Das sichert uns die dauernde Beschäftigung, auf die es ja für den Arbeitgeber, wie für den Arbeitnehmer ankommt. Abnehmer sind schwer gewonnen, aber leicht genommen, das ist eine goldene Regel für das ganze Geschäftsleben, die nie vergessen werden darf. Es darf nichts verkümmert werden, auf eine allgemeine Verbesserung der Verhältnisse hinzuwirken, denn Zeit heißt nicht nur Geld, sondern ist wirklich Geld.

Um die Große Koalition.

Neue Verhandlungen?

Im Reichstag fanden Verhandlungen zwischen Vertretern der Zentrumsfraktion und der Demokratischen Fraktion statt. Das Zentrum war durch den Abgeordneten Marx vertreten, die Demokraten durch die Abgeordneten Koch-Weser, Dr. Hahn und Ertelens. Man kam dahin überein, unbedingt an der Großen Koalition festzuhalten und auf die Sozialdemokraten in dieser Richtung einzuwirken. Man erwartet, daß die Sozialdemokratie in ihrer für Dienstag einberufenen Fraktionsitzung endgültig Stellung zu dieser neuen Aufforderung nehmen wird.

Am 10. Januar tagten im Reichstagsgebäude der Vorstand der Deutschen Zentrumspartei und die Vorstände der Zentrumsfaktionen des Reichstages und des Preussischen Landtages. In den Berichten aus allen Landesteilen, insbesondere des Westens, fand die ungewohnte, von Tag zu Tag steigende wirtschaftliche Not weiterer Volksklagen einen erschütternden Ausdruck. Daraus ergab die Veranlassung, die Forderung, daß zur Überwindung dieser Notlage nur eine Regierung auf breiter Grundlage zustande kommen kann. Das ist die Große Koalition. Der Verantwortung zur Bildung einer solchen Regierung könnte sich keine Partei erheben, der es ernst ist mit der Fortführung einer zureichenden, friedlichen Außenpolitik und der Aufrechterhaltung unserer Verfassung, der Gesundung der Wirtschaft und der Bänderung der sozialen Notstände. Unverantwortlich wäre es und für eine Verfassungsfrage unerträglich, in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Krise noch eine Staatskrise heraufzubekommen. Sie würde zur völligen Verelendung unseres Volkes, insbesondere der Arbeitmassen, führen. Die Veranlassung erwartet daher von der Zentrumsfraktion des Reichstages, daß sie alle Entschlossenheit und alle politischen Mittel aufbringt, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Sozialdemokratische Stimmen gegen die Große Koalition.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei für den Wahlkreis Ostprignitz hat zur Frage der Neubildung der Reichsregierung folgende Entschliessung gefaßt: „Die Große Koalition ist abzulehnen. Das Drängen der demokratischen und der Zentrumspartei kann diese Auffassung der S. P. D. nur bestärken. Neue Verhandlungen mit den bürgerlichen Parteien wegen der Regierungsbildung sind ebenfalls abzulehnen.“

Die Stuttgarter Sozialdemokratie nahm in einer Veranlassung zur Regierungsbildung im Reich mit großer Mehrheit folgende Entschliessung an:

„Der Sozialdemokratische Verein Groß-Stuttgart erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß sie bei einem erneuten Versuch abermals die Beteiligung an einer Regierung der Großen Koalition ablehnt, da diese in der heutigen politischen und wirtschaftlichen Situation den Interessen der werktätigen Bevölkerung und der Republik nicht entspricht.“

Die Kasseler Sozialdemokraten für die Große Koalition.

Kassel, 10. Januar. Scheidemann sprach heute in Kassel auf einer Bezirkskonferenz der Vertrauensleute und Funktionäre der S. P. D. des Gauess Westfalen-Kassel, im 19. Reichstagswahlkreis, außerordentlich temperamental für die große Koalition. Es wurde mit 139 gegen 1 Stimme folgende Entschliessung angenommen: „Da unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Ver-

fassungsparteien nur unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei als Große Koalition eine Reichsregierung bilden können, muß im Interesse der Republik und der Zusammenarbeit der republikanischen Parteien auf die Große Koalition eingegangen werden. Die Vertrauensleute sind der Meinung, daß neben den bisherigen Erklärungen eine Zusicherung der Deutschen Volkspartei bezüglich der Fürtrennung und der Sozialpolitik die Voraussetzung zur Schaffung der Großen Koalition ist.“

• Eisfeld (Thüringen). Biele Rache nahm ein hiesiger Kaufmann. Er hatte das Haus seiner Verlobten in Brand gesetzt, weil sie sich mit dem Gedanken trug, das Verhältnis zu lösen.

Die Fraktionen haben das Wort.

Der Reichspräsident drängt auf Klärung der Lage.

— Berlin, 11. Januar.

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat in der Frage der Regierungsbildung sich entschlossen, die bevorstehenden Fraktionsbeschlüsse abzuwarten, ehe er eine bestimmte Persönlichkeit mit der Bildung des Kabinetts betraut. Für heute hat der Reichspräsident die Führer des Zentrums und der Demokraten, die Abgg. Fehrenbach und Koch, zu sich gebeten, um sie zu ersuchen, alsbald eine endgültige Klärung der Frage der Großen Koalition zu veranlassen, da er eine weitere hinausgezögerte der Regierungsbildung nicht für tragbar hält.

Bevor der Reichspräsident diese Entscheidung traf, hatte er die politischen Reichsminister Dr. Stresemann, Dr. Brauns, Dr. Geßler und Dr. Stinck zu sich geladen, um sich über die Stimmungen und Meinungen der von ihnen vertretenen Parteien — Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokraten und Bayerische Volkspartei — zu unterrichten. Im Anschluß daran hatte er noch eine Besprechung mit dem Reichskanzler Dr. Luther, bei der die oben erwähnte Entscheidung gefallen sein dürfte.

Die Besetzung der Völkerbundsämter.

Erklärungen des Reichsaussenministers.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages berichtete Reichsaussenminister Dr. Stresemann über die in der Öffentlichkeit viel erörterte Frage der Stellenbesetzung beim Völkerbund. Das Auswärtige Amt habe, so führte der Minister aus, von Bewerbungen um Stellen im Völkerbundssekretariat von deutscher Seite zuerst am 5. Dezember 1925 gehört. Das sei die erste Mitteilung aus Genf gewesen. Am 22. Dezember habe der deutsche Generalkonsul in Genf, Hoffmann, dem Auswärtigen Amt telegraphisch berichtet, daß die maßgebende Stelle im Völkerbundssekretariat ihm in offizieller Form mitgeteilt habe, man habe Kenntnis davon erhalten, daß verschiedene deutsche Parteien Kandidatenlisten für die Stellenbesetzung im Sekretariat aufgestellt hätten und daß sie darüber kart kennrügt sei, weil das zu einer schwierigen Lage für alle Beteiligten führen könne.

Der Minister wies dann alle Vorwürfe gegen das Auswärtige Amt und den Generalkonsul in Genf nachdrücklich zurück und bestritt ganz entschieden, daß irgend ein Beamter des Auswärtigen Amtes irgendwelche persönliche Politik in dieser Frage getrieben habe. Von niemandem sei eine Aufforderung an den Generalkonsul ergangen. Es sei auch nicht etwa indirekt die maßgebende Stelle des Völkerbundssekretariats interbelliert worden. Der Generalkonsul habe nur seine Pflicht getan, als er die Neuzugung des Völkerbundssekretariats an das Auswärtige Amt weitergab.

Am übrigen bemerkte der Minister, daß es noch dahin stehe, welche Vorschläge die Reichsregierung ihrerseits machen werde. Hieser liegen derartige Vorschläge noch nicht im Auswärtigen Amt vor. Sie könnten auch noch nicht gemacht werden, weil man nicht wisse, welche Stellen im Völkerbund für uns freibleiben. Der ganze Streit komme auf die prinzipielle Erwägung hinaus, ob die Sekretariatsstellen nur mit beamteten Persönlichkeiten oder mit anderen besetzt werden. Er sehe auf dem Standpunkt, daß die in Frage kommenden Persönlichkeiten sehr große Kenntnisse auf dem Spezialgebiet haben müssen, für das sie bestimmt sind. Was die Vertretung bei den Plenarsitzungen des Völkerbundes anlangt, so bleibe diese am besten in der Hand der politischen Parteien und zwar aller Parteien, die dafür in Betracht kommen. Man müsse abwarten, wie die Entwicklung gehe und ob sich das Prinzip der ständigen Vertreters des Außenministers bewähre. Nach längerer Aussprache wurde mit 13 gegen 13 Stimmen festgestellt, daß für die Besetzung, die Sozialdemokratie oder führende Parteimitglieder hätten auf das Völkerbundssekretariat mitteilbar oder unmit-